

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.09.2011

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:00 Uhr bis 15:30 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Frau Hanna Haupt	SPD	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Dr. med. Detlef Wend	SPD	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Gerry Kley	FDP	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14:00 Uhr bis 14:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	14:00 Uhr bis 15:30 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14:20 Uhr bis 15:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Frau Hanna Haupt
Herr Johannes Krause	SPD	Vertreter: Herr Dr. Wend
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	Vertreter: Herr Kley

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung wurden folgende Unterlagen ausgegeben:

- TOP 5.3.1 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 - Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954), Vorlage: V/2011/10106
- TOP 10 - Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II
- Top 10 - Kurzinformation zum Stand der Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und den finanziellen Auswirkungen
- TOP 12 - Entwurf Berichterstattung über den Vollzug des Vermögenshaushaltes - II. Quartal 2011

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der geplante Tagesordnungspunkt 8.1

Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09801

wurde abgesetzt, da der Antrag im Bildungsausschuss am 13.09.2011 zurückgezogen wurde.

Herr Kley fragte an, warum die für die Sitzung des Hauptausschusses vorgesehene Vorlage:

Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben
Vorlage: V/2011/09731

nicht im FA vorbesprochen wurde.

Mehrere Mitglieder äußerten ihr Unverständnis. Sie äußerten die Erwartung, dass die Verwaltung im HA und Stadtrat diese Vorlage zurückzieht und diese dem FA zur Beratung vorgelegt wird.

Dies betrifft auch die Vorlagen für den Hauptausschuss:

- Richtlinie zur Förderung von Frauen- und Gleichstellungsprojekten, die kein ausschließlich soziales bzw. kulturelles Anliegen verfolgen
Vorlage: V/2011/09756
- Richtlinie für die Förderung des Sportes in der Stadt Halle (Saale) -Sportförderrichtlinie-
Vorlage: V/2011/09768
- Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der sozialen Arbeit in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09746

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen des Ausschusses am 30.06. und 23. 08.2011
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Genehmigung einer Mehrausgabe im Bereich Bauordnung im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/10039
- 5.2. Genehmigung einer Mehrausgabe für die Straßenbeleuchtung, Erstattung an kommunale Sonderrechnung im Haushaltsjahr 2011
Vorlage: V/2011/10044
- 5.3. Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25
Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954
- 5.3.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25 - Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106
6. Hochwasserbericht
Vorlage: V/2011/09708
7. Projektbericht - Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale) - August 2011
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/09968 - a b g e s e t z t -
- 8.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802
- 8.3. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Einstufung der Saale als Restwasserstraße
Vorlage: V/2011/09803
- 8.4. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Berücksichtigung der Instandhaltung der Brückenbauwerke im städtischen Haushalt
Vorlage: V/2011/09910
9. schriftliche Anfragen von Stadträten

10. Mitteilungen
 - Gesunde Stadtverwaltung
 - Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II
 - Kurzinformation zum Stand der Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und den finanziellen Auswirkungen
11. mündliche Anfragen
12. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen des Ausschusses am 30.06. und 23. 08.2011

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschriften des öffentlichen Teils der Sitzungen des Ausschusses am 30.06. und 23.08.2011 wurden genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 23.08.2011 wurden folgende abschließenden Beschlüsse gefasst:

- zu 3.1 Übertragung eines kommunalen Grundstückes
Vorlage: V/2011/09963

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Übertragung des Grundstückes Schimmelstraße 7, Gemarkung Halle, Flur 14, Flurstücke 1/433, 1/432, 1/431 und 1/430 in das Sondervermögen des Eigenbetriebes KITA zu.

- zu 3.2 Erwerb eines privaten Grundstückes
Vorlage: V/2011/09964

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt den Ankauf des Grundstückes Gustav-Anlauf-Straße (Gemarkung Halle, Flur 42, Flurstücke 25/1 und 23 mit insgesamt 677 m²), zu den in der Beschlussvorlage aufgeführten Bedingungen.

zu 3.3 Steuerangelegenheiten
Vorlage: V/2011/09879

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2

1. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 81.763,75 €.
2. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 59.396,89 €.
3. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 51.487,00 € bis zum Ende des Insolvenzverfahrens.
4. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 51.415,51 €.
5. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in Höhe von 139.491,58 € bis zum Ende des Insolvenzverfahrens.
6. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Vergnügungssteuer sowie der Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 61.832,63 €
7. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 50.412,02 €
8. die Umwandlung der befristeten Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen in die unbefristete Niederschlagung in Höhe von 79.380,99 Euro
9. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuerrückstände sowie der Nebenforderungen bis zum 17.01.2014 in Höhe von 54.804,53 Euro

zu 3.5 Antrag auf unbefristete Niederschlagung einer Stellplatzablöseforderung
Vorlage: V/2011/09817

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Stellplatzablöseforderung in Höhe von 175.211,05 € unbefristet niederzuschlagen.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Genehmigung einer Mehrausgabe im Bereich Bauordnung im Verwaltungshaushalt für das Haushaltsjahr 2011** **Vorlage: V/2011/10039**

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch erläuterte Herr Neumann, dass die Mehrausgabe durch die geplante Industrieansiedlung GA Pack Manufacturing entstehe, die in der Höhe nicht geplant gewesen sei. Die zu zahlenden Rechnungen an die Prüfstatiker werden durch zusätzliche Einnahmen vom Bauherren gedeckt. Insoweit sei die Vorlage haushaltsneutral.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt folgende Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2011:

Die Mehrausgabe für den Sächlichen Aufwand für Leistungen durch Dritte, Bauordnung, Haushaltsstelle 1.6130.603000, in Höhe von 200.000 Euro.

Die Deckung erfolgt durch eine Mehreinnahme bei den Verwaltungsgebühren, Bauordnung, Haushaltsstelle 1.6130.100000, in Höhe von 200.000 Euro.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsstelle:	VerwHH:
1.6130.603000	200.000 EUR

Deckung:	
1.6130.100000	200.000 EUR

zu 5.2 **Genehmigung einer Mehrausgabe für die Straßenbeleuchtung, Erstattung an kommunale Sonderrechnung im Haushaltsjahr 2011** **Vorlage: V/2011/10044**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Krausbeck, Herr Dr. Meerheim, Herr Kley, Herr Geier und Herr Heinz.

Aufgrund von Nachfragen führte Herr Heinz aus, dass die Stadtwerke die Stadtverwaltung informiert haben, dass Mehreinnahmen im Rahmen der Rückzahlung aus der Abrechnung für die Oberflächenentwässerung für den Kalkulationszeitraum 2010 entstanden seien, da die Konzessionsabgaben aufgrund günstiger Kapitalmarktzinsen preiswerter als ursprünglich kalkuliert gestaltet werden konnten. Die Mehreinnahmen seien etwas höher, als für diese Vorlage als Deckung benötigt. Die übrigen Mittel sollten für die Straßenunterhaltung eingesetzt werden.

Herr Kley bat um schriftliche Beantwortung der Frage, ob auch die Bürger der Stadt Halle (Saale) von den günstigen Kapitalmarktzinsen profitieren werden.

Herr Geier antwortete vorab, dass der Aufwand für die Bürger und die Stadt getrennt nach den entsprechenden Kostenträgern kalkuliert werden.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt folgende Mehrausgabe im Haushaltsjahr 2011:

Die Mehrausgabe für die Straßenbeleuchtung, Erstattung an kommunale Sonderrechnungen, Haushaltsstelle 1.6700.675000, in Höhe von 253.800 EUR.

Die Deckung erfolgt durch eine Mehreinnahme in der Haushaltsstelle 1.6300.165000, Gemeindestraßen, Erstattung von kommunaler Sonderrechnung, in Höhe von 253.800 EUR

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VerwHH:	Ansatz neu
	1.6700.675000	253.800 EUR	3.181.900 EUR
	Deckung:		
	1.6300.165000	253.800 EUR	253.800 EUR

**zu 5.3 Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle`25
Grundsatzbeschluss
Vorlage: V/2011/09954**

Die Diskussion, an der sich Herr Kley, Frau Krausbeck, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Misch, Herr Dr. Wend, Herr Wehrich, Herr Stäglin und Herr Geier beteiligten, wurde gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 5.3.1 geführt.

Herr Stäglin gab grundsätzliche Informationen zum Ablauf des geplanten Programms und betonte, dass das Land einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates als Willensbekundung wünsche. Je nach Vorlage der gesicherten Finanzierung werden dem Stadtrat zu gegebener Zeit weitere Vorlagen mit Details und zur Rückkopplung vorgelegt werden.

Frau Krausbeck wies auf den Änderungsantrag unter 5.3.1 hin, der besonders die stärkere Einbindung des Stadtrates beinhalte.

Herr Stäglin warb für den Grundsatzbeschluss und sagte zu, bis zur Stadtratssitzung im Sinne des Änderungsantrages eine Ergänzung einzubringen.

(14:20 Uhr - Herr Wehrich kam in die Sitzung und tauschte mit Frau Krausbeck die aktive Anwesenheit an der Sitzung.)

Die Mehrheit der Mitglieder betonte in einzelnen Wortmeldungen, dass der Stadtrat und seine Gremien direkter und aktiver in die Realisierung eingebunden werden sollen. In der Vergangenheit wurde dies bei anderen Grundsatzbeschlüssen vernachlässigt. Der Wunsch

nach mehr Beteiligung wurde bereits im Planungsausschuss und im Stadtwerkekonzern geäußert.

Ein Mitglied des Ausschusses betonte, dass dieser geplante Beschluss die Investitionstätigkeit des Stadtwerkekonzerns und besonders der Halleschen Wasser und Stadtwirtschaft GmbH tangiere. Die Berechnungen und Prüfungen der Umsetzbarkeit im Stadtwerkekonzern sollten abgeschlossen und mit der Verwaltung abgestimmt sein, bevor der Stadtrat diesbezügliche Beschlüsse fasse.

In der weiteren Diskussion wurde ausgeführt, dass die Kompetenzen des Steuerkreises im Planungsausschuss besprochen werden sollten. Die Mitwirkung des Stadtrates müsse im Beschluss abgesichert werden. Gegebenenfalls können von der Verwaltung Sammelbeschlüsse entsprechend der einzelnen Umsetzungsstufen vorgelegt werden, um mehrere Projekte zusammenzufassen und nicht zu viele Einzelvorlagen zu haben.

Herr Stäglin legte folgenden neuen Formulierungsvorschlag als Punkt 3 des Beschlussvorschlages vor:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorzulegen.

Herr Dr. Meerheim stellte den mündlichen Änderungsantrag zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, dass der 1. Punkt die Formulierung der Verwaltung beibehält.

Herr Dr. Wend stellte den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages:

2 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich abgelehnt

Herr Dr. Meerheim fasste die umfangreichen Änderungen zusammen und begann den Abstimmungsprozess, beginnend mit 5.3.1.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle '25 unter der Voraussetzung einer gesicherten Finanzierung.
2. Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle'25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis

gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmforgang.

3. **Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorzulegen.**
4. **Die Oberbürgermeisterin wird als Gesellschaftervertreterin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtwerke-Konzern durch außerplanmäßige Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Hinblick auf die Eigenkapitalquote des Unternehmens nicht wesentlich negativ belastet wird. Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat zur Beschlussfassung relevanter Einzelmaßnahmen jeweils auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen.**

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Realisierung des Stadtbahnprogrammes Halle `25
- Grundsatzbeschluss" (Vorlage V/2011/09954)
Vorlage: V/2011/10106**

Abstimmungsergebnis zu dem geänderten Punkt 1:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu dem geänderten Punkt 3:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 und 4:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Beschlussvorlage wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Der Stadtrat bestätigt das Stadtbahnprogramm Halle `25 unter der Voraussetzung **einer gesicherten Finanzierung** ~~einer Förderung durch den Bund und das Land von insgesamt 90% und nach Maßgabe der möglichen Bereitstellung der Eigenmittel im Grundsatz. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die jeweiligen Eigenmittel in den Haushalt einzuplanen.~~
2. Der Stadtrat beschließt, dass die Hallesche Verkehrs-AG (HAVAG) Maßnahmeträger des Stadtbahnprogramms Halle`25 wird. Für Einzelvorhaben ist die HAVAG

projektverantwortlicher Vorhabenträger und die Stadt überträgt ihr bei Bedarf jeweils die Bauherrenfunktion. Zur Koordinierung des Stadtbahnprogrammes wird ein Steuerkreis gebildet. Der Steuerkreis informiert den Stadtrat quartalsweise über den Programmfortgang.

3. ~~Über die Umsetzung jeder Einzelmaßnahme entscheidet der Stadtrat in einem eigenen Grundsatzbeschluss und darauffolgend über die Details der Umsetzung in einem eigenen Gestaltungsbeschluss. Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, bis zur nächsten Stadtratssitzung einen Beschlussvorschlag über ein Vorlagen- und Beschlusswesen bei Einsetzen eines Steuerkreises vorzulegen.~~
4. Die Oberbürgermeisterin wird als Gesellschaftervertreterin beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Stadtwerke-Konzern durch außerplanmäßige Investitionen im Rahmen des Stadtbahnprogramms im Hinblick auf die Eigenkapitalquote des Unternehmens nicht wesentlich negativ belastet wird. Daher wird die Stadtverwaltung beauftragt, dem Stadtrat zur Beschlussfassung relevanter Einzelmaßnahmen jeweils auch eine Wirtschaftlichkeitsberechnung aus betriebswirtschaftlicher Perspektive der Stadtwerke vorzulegen.

zu 6 Hochwasserbericht Vorlage: V/2011/09708

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim, Herr Bönisch, Herr Neumann, Herr Dr. Wiegand und Herr Johannemann (Ressortleiter Untere Behörden im Umweltamt).

Herr Johannemann ging bei seinen Ausführungen besonders auf die im Vorfeld der Beratung übersandten Fragen der Fraktion MitBürger / NEUES FORUM ein und erläuterte u. a. zum Ausfall der Brunnen, dass diese eigentlich nicht ausgefallen waren, sondern durch zusätzliche Pumpen verstärkt werden mussten, weil der Wasserandrang so hoch gewesen sei. Dies habe konkret zwei Brunnen im Kreuzungsbereich Zur Saaleaue / Gimritzer Damm betroffen.

Das Problem bestehe darin, dass die Elektroinstallation in der Brunnenstube nicht hochwassersicher sei. Dies werde jetzt im Auftrag des Tiefbauamtes angepasst. Es betrifft die Trafostation an der Eissporthalle: 1 Trafo der EVH und 1 Kundentrafo der Eissporthalle. Nach Abstimmung zwischen der Verwaltung und der EVH werden diese Anlagen durch einen Neubau im Bereich Parkplatz Eissporthalle am Gimritzer Damm ersetzt. Die Umsetzung sei noch im Jahr 2011 geplant.

Im Gespräch zwischen dem Land und der Stadt am 16.03.2011 wurden hauptsächlich zwei Themen besprochen. Erstens die finanzielle Beteiligung des Landes an der Grundwasserabsenkung Halle-Neustadt. Hierzu gebe es seitens der Umweltverwaltung (Ministerium und Landesbetrieb für Hochwasserschutz) eine ablehnende Stellungnahme hinsichtlich der finanziellen Verantwortung oder Beteiligung. Von den anderen Ministerien gebe es bisher keine Aussagen. Ein beim Städtebau-Ministerium vorliegender Antrag auf Ertüchtigung des vorhandenen Brunnenriegels sei bisher nicht beschieden. Zweitens wurde die Hochwasserschutzanlage Gimritzer Damm thematisiert. Hier gebe es die Zusage vom Land, die Standsicherheit des Dammes in 2011 zu untersuchen. Hinsichtlich der Frage einer ausreichenden Dammhöhe liege vom Land immer noch keine abschließende Antwort vor.

Auf Nachfrage zum Planetarium erläuterte Herr Neumann, dass die Hochwasserschäden bei unter 10 T€ lagen.

Aufgrund weiterer Fragen aus der Diskussion führte Herr Johannemann aus, dass der Bericht zum Reide-Hochwasser verwaltungsintern bis Ende September fertig gestellt werden soll.

Zum Hochwasserpegel erläuterte er, das eigentliche Problem sei, dass der Pegel Trotha nur das ablaufende Hochwasser in Halle erfasse. Für eine Vorhersage in Halle sei er nicht geeignet. Von den oberhalb liegenden Pegeln in Naumburg und Zeitz könne nur eine Tendenz (fallend oder steigend) abgeleitet werden. Konkrete Vorhersagen gebe es somit nicht. Die Verwaltung prüfe zurzeit gemeinsam mit den Stadtwerken, ob ein „interner“ Pegel im Süden von Halle eine verbesserte Vorhersage möglich mache.

Welchem statistischen Ereignis das Hochwasser vom Januar zuzuordnen sei, wurde bisher vom Land nicht abschließend beantwortet. Nach der Einmessung der Hochwasser-Marken entsprach das Januar-Hochwasser einem 100-jährigen Ereignis nach der Hochwasserschutz-Konzeption des Landes. Dagegen spräche eine erste Einschätzung des Landes (LHW) von einem Ereignis < 50 Jahre. Dieser Widerspruch muss zwingend aufgeklärt werden, da dies immense Bedeutung für die Auslegung und Bemessung der Hochwasserschutzanlagen habe.

Zu den Hochwasserschäden am Sportkomplex Osendorfer See werde im Bericht zum Reide-Hochwasser eingegangen. Seitens der Verwaltung gebe es einen Vorschlag zum verbesserten Schutz des Komplexes gegen ein erneutes Reide-Hochwasser. Zwischenzeitlich erfolgte die Beräumung der Reide durch das Land/LHW.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Wiederherstellungskosten für Fuß- und Radwege, die durch das Hochwasser beschädigt wurden, nachzureichen.

Herr Dr. Wiegand fügte an, dass der Krisenstab am Rand der äußersten Belastung sowohl personell als auch materiell gearbeitet habe. Die Zahlen werden zurzeit aufgearbeitet und fließen in den neuen Brandschutzbedarfsplan ein.

Diesbezüglich wurde dringend angeregt, den Aspekt des Einsatzes öffentlicher Einsatzkräfte für private Grundstücke besonders zu betrachten und darauf einzugehen.

Ergebnis:

zur Kenntnis genommen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den Hochwasserbericht zur Kenntnis und empfiehlt, den Bericht im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, Ausschuss für Planungsangelegenheiten und Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften zur Auswertung zu behandeln.

zu 7 Projektbericht - Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens in der Stadt Halle (Saale) - August 2011

An der Diskussion beteiligten sich Herr Kley, Herr Dr. Wend, Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Geier und Herr Sattler (Projektmitarbeiter Stabsstelle Doppik).

Auf Nachfrage wurde von Herrn Geier ausgeführt, dass die Auswertungsbögen der Workshops mit den Stadträten ausgewertet werden, um auf eventuelle Wünsche und Anregungen im Nachgang einzugehen und ggf. weitere Informationen zu geben. Der Produktkatalog sei ein laufender Prozess und werde entsprechend den aktuellen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20. September 2011 - öffentlicher Teil

Gegebenheiten angepasst werden müssen. Die Eröffnungsbilanz werde auf den Werten vom 31.12.2011 aufgebaut. Diese müsse nach den gesetzlichen Vorschriften bis zum 30.06. des Jahres der Einführung der Doppik erstellt und beschlossen werden. Die Verwaltung werde unaufgefordert auf die entsprechenden Gremien zugehen.

Die Verwaltung wurde gebeten, die Projektkosten bis zur Stadtratssitzung detailliert darzustellen. (Dieser Auftrag wurde erledigt. Die Ergänzung ist als externes Dokument dieser Sitzung beigefügt.)

Ergebnis:

Der Projektbericht wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 8.1 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM auf Übernahme der Kosten für den Schulschwimmunterricht von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale) (Bitte bringen Sie Ihre Unterlagen aus der Sitzung am 23.08.2011 mit.)
Vorlage: V/2011/09968**
-

Abstimmungsergebnis:

Abgesetzt - der Antrag wurde im Bildungsausschuss 13.09.2011 zurückgezogen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das von Schulen in freier Trägerschaft in der Stadt Halle (Saale) an die Bäder Halle GmbH zu entrichtende Entgelt für die Nutzung der Bäder im Rahmen des Schulschwimmunterrichts rückwirkend und zukünftig zu erstatten.

- zu 8.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion: Händelfestspiele wieder mit "Alternativ"-Festspielprogramm öffentlich machen!
Vorlage: V/2011/09802**
-

An der Diskussion beteiligten sich Herr Kley, Herr Bönisch, Herr Wehrich und Herr Wolter.

Herr Kley begründete den Antrag. Er wies besonders darauf hin, dass der Antrag kostenneutral umgesetzt werden solle. Der Gesamtetat der Händelfestspiele betrage über 2 Mio. €. Durch Veränderungen der Veranstaltungen, ggf. Verkürzung der Länge oder Einsparungen bei herausragenden Veranstaltungspunkten sollen die zusätzlichen alternativen Festspielprogrammunkte finanziert werden.

Die Argumente wurden durch die Mitglieder ausgetauscht. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine ausführliche Diskussion bereits im Kulturausschuss geführt wurde. Dieser habe dem Antrag zugestimmt.

Herr Wehrich stellte den Geschäftsordnungsantrag, den Antrag als erledigt zu betrachten.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

1 Ja-Stimme
5 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
2 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die bis zum Jahre 2003 vor dem Rathaus statt gefundenen Veranstaltungen als „Alternative“ zum Festspielprogramm der Händelfestspiele sollten wieder als Veranstaltungsort der besonderen Art initiiert und belebt werden.

15:30 Uhr - die Sitzung wurde beendet.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin